Förderung der Presse hakt

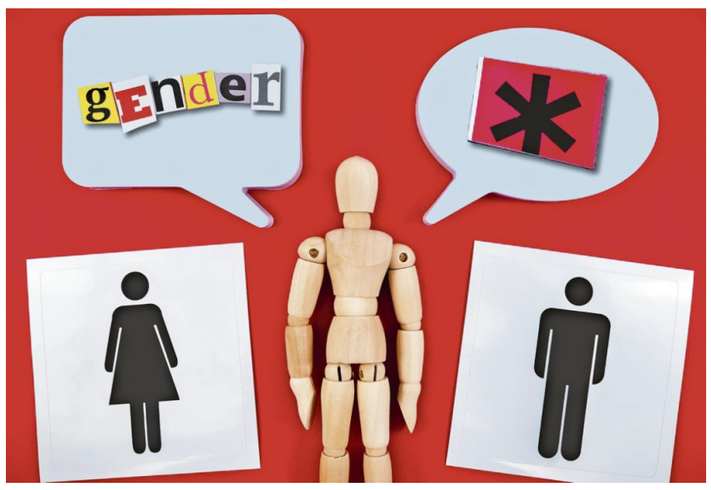
Bundesregierung bringt Plan nicht voran

Für die Presseverlage ist die geplante Zustellförderung des Bundes von großer Bedeutung, doch in der Bundesregierung ist noch nicht einmal klar, wer sich darum kümmern soll. Das jedenfalls ergab eine Anfrage des Fachdienstes epd medien: Das Bundeswirtschaftsministerium habe mitgeteilt, aktuell sei unklar, wer in der Regierung für eine eventuelle Förderung zuständig wäre. Das Ministerium habe Ende 2021 die Studie „Erforderlichkeit und Möglichkeit einer Bundesförderung der Pressewirtschaft“ in Auftrag gegeben. Der Prozess sei noch nicht abgeschlossen, Ergebnisse könnten noch nicht genannt werden. Die Zuständigkeit in der Regierung ergäbe sich aus der Art der Förderung.

In den Koalitionsvertrag hatte die Ampelregierung geschrieben, sie wolle Fördermöglichkeiten prüfen, um eine „flächendeckende Versorgung mit periodischen Presseerzeugnissen“ zu gewährleisten. Die Vorgängerregierung hatte bei der Umsetzung eines solchen Plans versagt. Das Wirtschaftsministerium plante eine Zustellförderung von 220 Millionen Euro, doch gelang es nicht, eine solche juristisch abgesichert aufzusetzen. Die Presseverleger fordern eine Unterstützung, um den Zeitungsvertrieb auch in ländlichen Regionen aufrechterhalten zu können. Sie sehen sich durch exorbitant gestiegene Papierpreise und den Mindestlohn für Zeitungszusteller in Bedrängnis. Der Bundesrat hatte die Bundesregierung Mitte September dringlich aufgefordert, das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzulösen. F.A.Z.

In medias res

Die Show, in der es zum Eklat kam mit seinem Gast, war die letzte Ausgabe: „Chez Krömer“, das auf Provokation angelegte Zwiegespräch, mit dem Kurt Krömer seit 2019 für den RBB und die ARD auf Sendung ist, endet nach sieben Staffeln und 41 Folgen. Das teilte der RBB am Montag mit. Ausgestrahlt wird die letzte Folge heute um 22.15 Uhr im RBB-Fernsehen, zu begutachten ist sie auch in der ARD-Mediathek. Zu sehen ist, wie Krömer und sein Gast, der Comedian Faisal Kawusi, heftig aneinandergeraten. Krömer deckt in der ihm eigenen Art Kawusi wegen verschiedener Äußerungen aus der Vergangenheit mit Vorhaltungen (Rassismus) und Beleidigungen („Wir haben nur Arschlöcher hier, inklusive dir“) ein, fordert ihn zum Gehen auf. Doch Kawusi bleibt sitzen. „Heute ist der Tag, wo ich glaube (...), dass ich nach Hause gehe und mal gucke, ob ich das Konzept vielleicht noch mal überdenke“, sagt Krömer daraufhin und – geht selbst. Das darf man wohl als Teil der Show und abgekartetes Spiel begreifen. Folgt man der Reaktion in seiner eigenen Show auf dem Kanal Twitch (da sei „dieser H-Sohn“ angekommen und habe sich „als Moralapostel“ hingestellt), scheint Kawusi zumindest nichts gewusst zu haben. Die „Idee eines Verhörs auf kleinstem Raum“, die dank Krömer und des Produzenten Friedrich Küppersbusch „zur großen Show“ geworden sei, wie der RBB fabuliert, ist jedenfalls vorbei. Man könnte sagen: besser so. miha.



Die Öffentlich-rechtlichen sagen, sie formulierten „diskriminierungsfrei“. Doch das genau ist die Frage. Foto Picture Alliance

Gendersender

Rund 350 Sprach- und Literaturwissenschaftler haben einen Aufruf unterzeichnet, der die Gendersprache im öffentlich-rechtlichen Rundfunk kritisiert. Auf eine inhaltliche Einlassung der Anstalten warten wir bis heute.

Von Fabian Payr

Die gesellschaftliche Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist in den letzten Jahren gesunken. Der ÖRR steckt in einer Vertrauenskrise. Schlagwörter dieser Krise sind: Vetternwirtschaft, Filz, Intransparenz, aufgeblähte Strukturen, üppige Gehälter, Haltungs- und Tendenzjournalismus. Und als genügten all diese Faktoren nicht, griff wie auf Absprache vor rund zwei Jahren auf allen Kanälen flächendeckend der Einsatz der sogenannten gendergerechten Sprache um sich. Mit dem „betreuten Sprechen“ (Joachim Gauck) treiben die Sender einen weiteren Keil zwischen sich und die Medienkonsumenten. Kritik an ihrer belehrenden, ideologisch motivierten Sprachpraxis lassen ARD und ZDF ebenso trotzig wie selbstgerecht an sich abperlen. Man sieht sich auf der Seite des moralischen Fortschritts und inszeniert sich als Avantgarde sprachlicher Erneuerung, fälschlicherweise als „Sprachwandel“ deklariert.

Den sprachpolitischen Eifer der Sender erfuhren wir, eine Gruppe von Sprach- und Literaturwissenschaftlern, als wir Ende Juli dieses Jahres mit einem Aufruf die Genderpraxis des ÖRR kritisierten (www.linguistik-vs-gendern.de). Auf der Unterzeichnerliste des Dokuments finden sich mittlerweile (Stand Dezember 2022) rund 350 Sprach- und Literaturwissenschaftler. Unter diesen etliche Koryphäen des Faches wie Peter Eisenberg, Gisela Zifonun, Manfred Krifka und Heide Wegener. Worum geht in diesem Aufruf? Die Sender werden aufgefordert, sich mit sprachwissenschaftlich fundierter Kritik am Konzept der umstrittenen „gendergerechten“ Sprache auseinanderzusetzen. Die Unterzeichner weisen darauf hin, dass eine pauschalisierende Bewertung des generischen Maskulinums als diskriminierende Sprachform auf wissenschaftlicher Basis nicht begründbar ist. Gendern beruhe im Kern auf einer unzulässigen Vermengung der Kategorien Genus (grammatisches Geschlecht) und Sexus (natürliches Geschlecht).

Die Sprachexperten betonen ferner, dass Gendern zu einer ausgeprägten Sexualisierung der Sprache, also zu einer permanenten Betonung von Geschlechterdifferenzen, führt. Nicht zuletzt erwähnt der Aufruf die geringe Akzeptanz des Genderns in der Bevölkerung: Mehr als drei Viertel der Medienkonsumenten lehnen aktuellen Umfragen zufolge die sogenannte „geschlechtergerechte“ Sprache ab. Genderaffine Journalisten müssen also wissen, dass sie mit ihrem elitären Sprachgebrauch an den sprachlichen Vorlieben eines Großteils ihres Publikums vorbeifunken. Nach Auskunft der Sender haben alle Journalisten freie Hand – jeder darf die von ihm bevorzugte Sprachform verwenden. Und so spricht der eine dann von „Demonstrierenden“, „Musikschaffenden“ oder „Einwohner*innen“, der andere von „Demonstranten“, „Musikern“ und „Einwohnern“. Ein Laisser-faire-Paradies für Sprachaktivisten.

Der Aufruf erfuhr ein breites Echo in der Presse. Dem gegenüber steht die ausgeprägte Schmallippigkeit der Sender. Eine direkte inhaltliche Rückmeldung seitens der Sender erfolgte bis heute nicht. Auf Anfrage der „Bild“-Zeitung ließ das ZDF Anfang August verlauten: „Es steht den Redaktionen sowie Moderatorinnen und Moderatoren frei, sprachliche Mittel für eine diskriminierungsfreie Ansprache zu finden.“ Ein Blick auf das wording lohnt sich: Wer den eigenen Jargon als „diskriminierungsfrei“ bezeichnet, unterstellt Anderssprechenden eine ethisch bedenkliche Sprachpraxis. Sprachwissenschaftler stolpern über das Wort Ansprache, denn im Rundfunk wird meist über Menschen gesprochen, eine direkte Ansprache erfolgt selten Das identitätspolitische Gesäusel von der „diskriminierungsfreien Ansprache“ geht also inhaltlich an der Sache vorbei.

Anfang September schrieben wir alle Intendanzen des ÖRR an und baten um Stellungnahme. Ein paar Wochen später erreichte uns ein Standardbrief des ZDF, der zurzeit jedem Zuschauer zugeht, der sich dort über das Gendern beschwert. Darin heißt es: „Das ZDF möchte diskriminierungsfrei kommunizieren und achtet dabei auch darauf, wie sich Gesellschaft und Sprache verändern. Unser gesamtes Publikum soll sich im Programm angesprochen fühlen und durch die Ansprache wertschätzend behandelt fühlen. In der schriftlichen Kommunikation verwenden wir daher den Genderstern.“

Die Signalwörter „diskriminierungsfrei“ und „Ansprache“ werden hier noch um modischen Sozialpädagogensprech erweitert: „wertschätzend“. Bemerkenswert ist das explizite Bekenntnis des Senders zur Nutzung des Gendersterns, eines typographischen Elements, von dessen Verwendung der Rat für Deutsche Rechtschreibung ausdrücklich abrät. Das ZDF setzt sich mit dieser Praxis selbstherrlich über geltende Regeln der Rechtschreibung hinweg und verletzt damit eindeutig seinen Bildungsauftrag.

Mit dem Hinweis auf Veränderungen in Gesellschaft und Sprache schließlich nimmt das ZDF auf den Sprachwandel Bezug. Gendern wird als natürliches Sprachwandelphänomen verkauft, wo ehrlicherweise von Sprachplanung oder Sprachpolitik die Rede sein müsste. Gegenderte Sprache ist nicht das Ergebnis eines natürlichen Sprachwandels, wie Genderbefürworter immer wieder behaupten, sondern die Folge eines gezielten Spracheingriffs, der von Behörden und Institutionen mittels Gesetzen, Leitfäden und Richtlinien vorangetrieben wird.

Auch das ZDF verfügt über einen Gender-Leitfaden für seine Mitarbeiter. Er stammt aus dem Jahr 2020 und wurde vom hauseigenen Gleichstellungsbüro erstellt. Auch auf wiederholte Anfrage hin weigerte sich das ZDF, uns diesen Leitfaden zukommen zu lassen. Es handele sich um ein „internes Dokument“. Es ist mehr als befremdlich, ein solch triviales Dokument als geheime Verschlusssache zu behandeln. Gebührenzahler sollten ein Anrecht darauf haben, transparent über Richtlinien für die Sprachpraxis des ÖRR informiert zu werden. Wahrscheinlich ist es aber eher die intellektuelle Dürftigkeit dieses Dokuments, das uns längst zugespielt wurde, die dem Sender ratsam erscheinen ließ, das Papier lieber unter Verschluss zu halten, als es der Öffentlichkeit zur freien Debatte zu überlassen.

Mit Standardfloskeln bediente uns auch der WDR: „Uns allen ist wichtig, dass möglichst alle Menschen sich von uns angesprochen fühlen und wir niemanden aus unserer Kommunikation ausschließen.“ Niemand soll ausgeschlossen werden – eine Variante von „diskriminierungsfrei“. Die woke Phrasendrescherei ist senderübergreifend. Der WDR befand, dass es sich bei unserem Aufruf lediglich um eine „Meinungsäußerung“, nicht aber um einen „wissenschaftlichen Fachbeitrag“ handele, weshalb man ihn nicht näher kommentieren wolle. Immer wieder fordern die Sender „Zuschauerbeteiligung“ – wozu, wenn man kritische „Zuschauende“ ins Leere laufen lässt?

Wir beißen bei den Sendern auf Granit. Von 50 persönlich angeschriebenen Mitgliedern des ZDF-Fernsehrats meldet sich nur eines zurück. Die Intendanten der ARD hüllen sich in Schweigen oder lassen ebenfalls Standardbriefe verschicken. Ob nun ein einzelner Zuschauer den Sender anschreibt oder mehr als 300 Sprachexperten einen Aufruf lancieren, macht für die Anstalten offensichtlich keinen Unterschied. Eine Kommunikation mit verantwortlichen Instanzen kommt nicht in Gang. Lediglich zwei Journalisten aus dem ÖRR (SWR und 3Sat) nahmen Kontakt auf. Sie interviewten mich zum Thema und bauten dies jeweils in eine längere Dokumentation ein.

Den am 8. Oktober in 3Sat ausgestrahlten Film „Krieg der Sternchen – Die Debatte um gendergerechte Sprache“ kann man als indirekte Stellungnahme der Sender zum Aufruf interpretieren. Dem im Film sehr prominent platzierten ehemaligen Anchorman des „heute journals“, Claus Kleber, scheint hier die Aufgabe zuzukommen, die Genderpraxis der Sender in Schutz zu nehmen. Kleber bezeichnet die Unterzeichner des Aufrufs als „Sprachpolizei“ und macht sich für die Sprachfreiheit der Medienschaffenden stark. Wo käme er denn hin, wenn er einer Journalistin verbieten würde, in einer Kriegsreportage von „Ukrainerinnen und Ukrainern“ zu sprechen? Die sprachwissenschaftliche Unterscheidung zwischen Genus und Sexus wird von Kleber als Marotte verknöcherter Deutschlehrer abgetan. Dabei kann die unzulässige Vermengung der Kategorien Genus und Sexus als Ursünde der geschlechtergerechten Sprache gelten – hätten die Mütter der feministischen Linguistik in den Achtzigerjahren diese beiden Dinge sauber zu trennen gewusst, wäre unserer Sprachgemeinschaft das sperrige Gesinnungsdeutsch erspart geblieben.

Wenn die Sender das Vertrauen des Publikums zurückgewinnen wollen, müssen sie sich – und das ist nur eine von vielen Baustellen – ernsthaft um politische Unparteilichkeit bemühen, wie im Medienstaatsvertrag gefordert. Das wird ihnen aber nicht gelingen, wenn sie mit dem Gendern auf einen Jargon setzen, den das Publikum mehrheitlich klar ablehnt. Eine sperrige und bürokratische Kunstsprache, die vorrangig von identitätspolitisch orientierten universitären Gruppierungen rund um die Social-Justice-Studies vorangetrieben wird. Gendersprache ist ein akademischer Soziolekt, der Diskursvorherrschaft anstrebt. Will der ÖRR seine Glaubwürdigkeit nicht verlieren, muss er zu dieser ideologisch begründeten Sprachform kritische Distanz wahren. Und will er die Entfremdung vom Publikum durchbrechen, muss er, wie es einst Luther schon empfohlen hat, seinem Publikum „aufs Maul schauen“ und dessen Sprache sprechen. Sonst wird er dieses Publikum früher oder später nicht mehr erreichen.

Der Autor ist Mitverfasser des Aufrufs, Komponist und Autor musikdidaktischer Lehrbücher. Gemeinsam mit seiner Frau gründete er das Unternehmen Musica Viva. Von ihm erschien das Buch „Von Menschen und Mensch*innen. 20 gute Gründe, mit dem Gendern aufzuhören“.

Kurze Meldungen

Körner spricht für die Ufa

Christian Körner wird zum 1. Januar Kommunikationschef der Ufa. Als Director Communications & Public Affairs ist er für interne und externe Kommunikation des Produktionsunternehmens, die Entwicklung der Marke Ufa und den Ausbau des Bereichs Public Affairs zuständig. Körner war lange Jahre Kommunikationschef von RTL Deutschland. Er ging wie inzwischen zahlreiche andere im Zuge der Fusion von RTL mit Gruner + Jahr, die inzwischen zur One-Man-Show des Bertelsmann-Vorstandschefs Thomas Rabe geworden ist. Zu Bertelsmann freilich gehört auch die Ufa. Berichten wird Körner direkt an den Ufa-Chef Nico Hofmann. miha.

Schelberg lehrt in Mainz

Simone Schelberg, die frühere Chefin des SWR-Landesfunkhauses in Mainz, das sich traditionell durch besonders enge Verbindungen zur SPD-geführten Landesregierung auszeichnet, hat eine neue Verwendung. Sie leitet neben dem Medienrechtler Matthias Cornils das Mainzer Medieninstitut. Mit ihren „profunden Kenntnissen und Erfahrungen aus der Medienpraxis“ werde sie neue Impulse in die Arbeit des Instituts einbringen, sagte die rheinland-pfälzische Medienstaatssekretärin Heike Raab als Vorsitzende des Trägervereins. Das Medieninstitut wird getragen von der Staatskanzlei, der Medienanstalt Rheinland-Pfalz, ZDF, SWR und WDR. miha.

Keine Politik!

Von Jürg Altwegg

Um nichts als Fußball soll es diesmal gehen, seiner Instrumentalisierung misstrauen die Franzosen so sehr wie der Politik. Selbst Präsident Macron, der sie vor vier Jahren bis zum Gewinn der Weltmeisterschaft in Russland betrieb und in der Sekunde des Triumphs im Stadion vom Sitz hochsprang, ist ein gebranntes Kind. Auch er hat den Titel (die Wahl) gewonnen, aber das Volk verloren. Die Stars feierten damals nicht mit den Fans, sondern den Honoratioren. Jetzt warnte Macron vor jeglicher Instrumentalisierung des Fußballs. Sie hatte nach dem ersten WM-Titelgewinn 1998 im eigenen Land fatale Folgen. Er war zum antifaschistischen Triumph der multikulturellen Kicker verklärt worden. Vier Jahre später schieden sie in der Vorrunde aus – drei Spiele, kein Tor. Bei der WM-Vergabe an Qatar spielten Frankreichs Interessen, Korruption, Sarkozy und Platini eine entscheidende Rolle. Der Fußballklub Paris Saint-Germain (PSG) ist eine Filiale der staatlichen Aktiengesellschaft Qatar Sports Investments und in üble Affären verstrickt. Ihr Vorsitzender und Klubchef Nasser Al-Khelaifi, in Qatar Minister ohne Portefeuille, droht, man werde das Prinzenparkstadion verlassen, falls die Stadt es ihm nicht zum Spottpreis von vierzig Millionen Euro verkaufe. In Doha wiederholte er das Ultimatum – wohl auch aus Ärger über die sozialistische Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, die gegen Fan-Zonen Abseits gepfiffen hat. Die Resultate der Nationalmannschaft boten zuletzt – etwa bei der EM das Aus gegen die Schweiz – wenig Anlass zu Überheblichkeit. Nun flogen „Les Bleus“ ohne verletzte Schlüsselspieler in die Wüste. Den Millionen daheim, die das Spiel gegen Tunesien sahen, wurde die Niederlage nicht zugemutet: Beim Stand von 1 zu 1 brach TF1 die Übertragung ab. Der Ausgleich war zu sehen – nicht aber seine Annullierung. TF1 entschuldigte sich, Frankreich legte Protest ein. Die Mannschaft bringt das nicht aus dem Konzept. Sie gewinnt. Ihre Wiedergeburt als Kollektiv hat einen Namen: Olivier Giroud. Unermüdlich kämpfte er sich zurück. Benzemas Verletzung katapultierte ihn in die Startelf. Gegen Polen übertraf Giroud im Achtelfinale am Sonntag den Torrekord von Thierry Henry. „Giroud historisch, Mbappé phantastisch“, titelte „Le Parisien“. Der nächste Höhepunkt: Frankreich gegen England. Die Einschaltquoten sind hervorragend. Nur ja keine Politik! Das bekommt den Franzosen gut, die politisierten Deutschen sind längst draußen.

ALLES AUSSER FUSSBALL

Human rights — human writes

Lehrkräfte und Schulklassen gesucht!

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ So lautet der erste Artikel, der von den Vereinten Nationen aufgesetzten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die sich am 10. Dezember 2023 zum 75. Mal jährt.

Im Wettbewerb „Human rights – human writes“ versetzen sich Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 7 bis 13 in die Rolle von Journalisten und berichten über das Thema Menschenrechte. Nutzen Sie als Lehrkraft dieses Schulprojekt, um das politische Bewusstsein Ihrer Schülerinnen und Schüler zu schärfen. Ihre Schulklasse entwickelt so ein eigenes Gespür für Themen wie beispielsweise Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Demokratiebewusstsein.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten einen kostenfreien Zugang zum Digital-Abo der F.A.Z. sowie ausgearbeitete Unterrichtsmaterialien.

Jetzt zum Projekt anmelden: fazschule.net

Frankfurter Allgemeine ZEITUNG FÜR DEUTSCHLANDS Schulen

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv